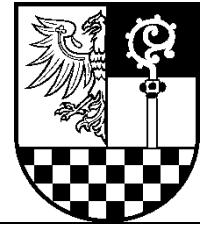


Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin



VORLAGE

Nr. 6-4605/21-II

für die ö f f e n t l i c h e Sitzung

Beratungsfolge

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

26.10.2021

Betr.: Informationsvorlage über die Kriterien zur Aufnahme/zum Verbleib von Kindertagesbetreuungseinrichtungen in den Kitabedarfsplan

Finanzielle Auswirkungen:

Luckenwalde, den

Wehlan

Sachverhalt:

Im Prozess der Fortschreibung der Kitabedarfsplanung werden für die künftigen Jahre die erwarteten Kinderzahlen im jeweiligen Alter den verfügbaren Platzkapazitäten gegenübergestellt und geplante oder notwendige Maßnahmen benannt.

Der Bedarfsplan weist die Einrichtungen aus, die zur Erfüllung des Rechtsanspruchs gemäß § 1 als erforderlich erachtet werden (§ 12 Absatz 3 Satz 2 KitaG Brandenburg). Die Aufnahme einer Einrichtung in den Bedarfsplan verpflichtet die Kommune gemäß § 16 Absatz 3 Satz 1 zur Bereitstellung eines Grundstücks einschließlich des Gebäudes und zur Zahlung der notwendigen Bewirtschaftungs- und Erhaltungskosten für Gebäude und Grundstücke. Der Personalkostenzuschuss wird unabhängig von der Aufnahme der Einrichtung in den Kitabedarfsplan vom örtlichen Träger der Jugendhilfe übernommen (§ 16 Absatz 2 Satz 1). Weiterhin sind neben der Erforderlichkeit einer Einrichtung die Realisierung des Förderauftrages gemäß § 3 KitaG Brandenburg sowie der §§ 22 und 22a des SGB VIII, die Erreichbarkeit, die tatsächliche Inanspruchnahme und das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten nach § 5 des SGB VIII zur Aufnahme einer Einrichtung in den Kitabedarfsplan zu beachten (§ 12 Absatz 3 Satz 3 KitaG Brandenburg).

Im Rahmen der „Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow Fläming für den Zeitraum 2021-2027“ bedarf es einer Überarbeitung der bisherigen Kriterien (S. 130 „Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2018 bis 2020“, ist als Anlage angefügt). So beschreiben die Kriterien Postulate unserer Angebotsstruktur gemäß SGB VIII und Kita G Brandenburg, die es näher zu erläutern gilt.

Verglichen mit der Realität ist insbesondere das bisherige Kriterium „tatsächliche Inanspruchnahme“ des Betreuungsangebots von 90% (gemessen anhand der Auslastung einer Einrichtung) auf seine Eignung hin zu prüfen. 50 von 120 Einrichtungen erreichten zum Stichtag 01.06.21 keine Auslastung in Höhe von 90%. Das sind 42 % aller Einrichtungen. Bei einer konsequenten Betrachtung müssen bereits in den Kitabedarfsplan aufgenommene Einrichtungen wieder herausgenommen werden. Die Folge wäre, dass die landesrechtliche Finanzierungspflicht für Grundstücke und Gebäude der Kommunen entfallen und Einrichtungsträger ggfs. die finanzielle Last allein tragen (Der Personalkostenzuschuss bliebe davon unberührt).

Um für diesen Sachverhalt mehr Sicherheit für die Einrichtungsträger zu schaffen, sind die Kriterien zu konkretisieren. Die Jugendhilfeplanerin hat ein Arbeitspapier entworfen und den Sprecherrat der AG 78 Kindertagesbetreuung, unter Beteiligung der Träger, um

Stellungnahme gebeten. Das als Anlage beigefügte Arbeitspapier beinhaltet folgende Rückmeldungen der Träger aus der AG 78 Kindertagesbetreuung. Hier sind die Rückmeldungen oder Kritikpunkte samt Änderung oder Stellungnahme des Jugendamts aufgeführt:

Empfohlene Änderungen, Kritikpunkte durch die AG 78 Kindertagesbetreuung	Stellungnahme des Jugendamtes/ Anpassung im Arbeitspapier
Bitte um Nennung des Entscheidungsträgers über die Aufnahme einer Einrichtung in die Kitabedarfsplanung	„Über die Aufnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung in den Bedarfsplan bzw. zum Verbleib wird unter Beachtung nachfolgender Grundsätze entschieden. Die Aufnahme in den/ der Verbleib im Bedarfsplan erfolgt nach Beschlussfassung des Kreistags , wenn positive Aussagen zu folgenden Kriterien vorliegen: ...“
Nach welchen Kriterien wird über die Aufnahme entschieden?	Die Kriterien sind detailliert aufgeschlüsselt: Erforderlichkeit, Eignung, tatsächliche Inanspruchnahme und Wunsch- und Wahlrecht der Eltern.
Ergänzung eines Votums zur Aufnahme von Einrichtungen von der jeweiligen Standortkommune.	„Sollte eine positive Stellungnahme zur Aufnahme in den Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung des Landkreises Teltow-Fläming, des jeweiligen Amtes, der Stadt bzw. Gemeinde vorliegen, ist auch eine Aufnahme zu einem früheren Zeitpunkt möglich.“ (siehe überarbeitetes Merkblatt zur Antragstellung, Anlage anbei)
Anregung die Kriterien für die Aufnahme deutlich von den Kriterien für den Verbleib zu trennen.	Lediglich die Elternbefragung kann als zusätzliches Kriterium zum Verbleib herangezogen werden. Dies ist an besagter Stelle ergänzt worden.
Kriterium der Erforderlichkeit der Angebote	
Bitte um Nennung künftig erforderlicher Angebote	„Für Kinder, die in den Zuständigkeitsbereich des Landkreises Teltow-Fläming fallen und einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung gemäß § 1 KitaG Brandenburg haben oder haben werden , ist eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen vorzuhalten, soweit diese erforderlich sind. Erforderliche Angebote sind...“
Die Bezeichnung „ausreichende Plätze“ beinhaltet aus unserer Sicht die Erforderlichkeit, jedoch wäre zu erläutern was ausreichend bedeutet (Versorgungsquote)	„Erforderliche Angebote sind Betreuungsplätze, die auf Grund des vorhandenen und von der Kommune und dem örtlichen Träger der Jugendhilfe eingeschätzten Bedarfs zur Deckung des Rechtsanspruches benötigt werden. Die

	zentrale Kennziffer für die Ermittlung des künftigen Platzbedarfes ist die Versorgungsquote.“ [Die Versorgungsquote gibt an, wie viele in der jeweiligen Kommune gemeldeten Kinder üblicherweise einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen. Diese Steuerungsgröße wird ebenfalls für künftige Bedarfe herangezogen und mit der jeweiligen Kommune abgestimmt.]
Kriterium der Eignung der Angebote	
Bitte um Benennung der anderen Angebote nach §1 Absatz 4 KitaG	„...eine Bescheinigung über das Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung eines anderen Angebots nach §1 Absatz 4 KitaG Brandenburg“
Bitte um Verschlankung. Einige der Unterpunkte sind elementarer Bestandteil der Betriebserlaubnis	Steht einerseits der Forderung nach Präzisierung gegenüber. Andererseits ist derzeit die Nachfrage über die Aufnahme von Einrichtungen in den Kitabedarfsplan von Initiator*innen hoch, die eine Kindertagesstätte errichten wollen und nicht über das Verfahren der Betriebserlaubnis im Detail informiert sind. Darüber hinaus gibt es Einrichtungen, die eine Betriebserlaubnis haben und deren Auflage es ist, die Konzeption zu überarbeiten.
Die Kindertagesstätte arbeitet auf der Basis einer <u>pädagogischen Konzeption</u>, in der die Realisierung des <i>Förderauftrags</i> gemäß § 3 KitaG beschrieben ist. „Kita ist mehr als nur fördern.“	„Die Kindertagesstätte arbeitet auf der Basis einer <u>pädagogischen Konzeption</u>, in der die Realisierung des alters- und entwicklungsadäquaten <u>Betreuungs-, Bildungs-, Erziehungs- und Versorgungsauftrags</u> gemäß § 3 KitaG beschrieben ist.“
Bitte um nähere Erläuterung des Begriffs Sozialverträglichkeit.	Die Einrichtung hat eine sozialverträgliche Elternbeitragssatzung/ Beitragsordnung entsprechend der Grundsätze der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge im Landkreis Teltow-Fläming.
„Qualitätsforderung benötigt Qualitätsförderung und entsprechende Finanzierung“	Eine Überarbeitung der Qualitätsanforderungen ist angedacht.
„Öffnungszeiten müssen auch dem Kinderschutz entsprechen und bedürfen	Siehe hierzu die Abgrenzung von Bedürfnissen und Bedarf. Bedarf ist die

auch entsprechende Bedarfe für die Betreuung. Klärung der Begrifflichkeit „Bedarf“. Öffnung der Einrichtung bei einem Kind?“	fachliche Abwägung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse. <i>"Der Begriff ‚Bedürfnis‘ zielt auf die unmittelbare Artikulation von Wünschen und Interessen durch Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Eltern. (...) Demgegenüber wird als Bedarf das Ergebnis politischer Entscheidungen verstanden: Bedarf ist das, was an Bedürfnisartikulation der Betroffenen anerkannt und gemeinsam mit weiteren Vorstellungen zu gesellschaftlichen Erfordernissen als politisch gewollt und künftig finanzierbar definiert wurde."</i> <i>(Wiesner, SGB VIII, 3. Aufl. München 2006, § 80 RdNr. 21, 22)</i>
Kriterium tatsächliche Inanspruchnahme	
Bitte erklären Sie das Kriterium der tatsächlichen Inanspruchnahme. Auf welcher Grundlage wollen Sie hier handeln und welcher Zweck wird damit verfolgt?	Die tatsächliche Inanspruchnahme ist ein Abwägungskriterium als Manifestation des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern, das im § 12 Absatz 3 benannt ist. „Damit wird unterstrichen, dass etablierte Einrichtungen, denen „die Kinder davonlaufen“, die also nicht mehr (in voller Kapazität) nachgefragt werden, keinen Vorzug gegenüber neuen Angeboten, die bisher nicht im Bedarfsplan waren, aber gut angenommen werden, beanspruchen können.“ (vgl. Diskowski/Wilms: Kindertagesbetreuung in Brandenburg zu §12 Absatz 3 KitaG, 98. Lfg.)
Die Begrifflichkeit vollständig ausgelastet müsste genauer beschrieben werden. Ist eine vollständige Auslastung 100 % oder 95 %?	Eine vollständige Auslastung soll angestrebt werden, soweit dies in der Umsetzung möglich ist. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Auslastungen und einer Befragung der Einrichtungen in TF ist eine kritische Grenze von 80% über einen Zeitraum von 12 Monaten benannt.
Bitte um Ergänzung der Gründe für eine geringe Auslastung um Baumaßnahmen und Fachkräftemangel	„(z.B. bei Neuinbetriebnahmen, Bau- oder Sanierungsmaßnahmen, Havarien oder Fachkräftemangel)“
Wenn die Kita erst errichtet wird, kann die tatsächliche Inanspruchnahme nicht nachgewiesen werden.	Korrekt. Daher ist die Aufnahme einer neuen Einrichtung in der Regel nach einer Bewährungszeit von ca. 12 Monaten vorgesehen.
Kriterium Wunsch und Wahlrecht der Sorgeberechtigten	
Elternbefragung: Welche Kriterien sollen	Siehe Qualitätsanforderungen an die

erfragt werden und welche Folgen ergeben sich daraus ggf. wenn keine Befragung durchgeführt wird	Kindertagesbetreuung im Landkreis TF, 2014-2017: „Bestandteil dieser ist neben dem fachlichen Inhalt die Erfragung des tatsächlichen Bedarfs an Öffnungszeiten. Eine fehlende Befragung wird nachgefordert und bei versäumter Vorlage in die Gesamtbewertung zur Aufnahme in den Kitabedarfsplan berücksichtigt.
Bitte um Erläuterung der spezifischen Bedürfnisse der Leistungsberechtigten in Bezug auf die Nutzer*innen-Zufriedenheit	z.B. Beteiligungs- oder Beschwerdemöglichkeiten, Bildungsarbeit, Unterstützungs- und Beratungsangebote (ggfs. Vermittlung zu entsprechenden Angeboten im Landkreis), Angebote der niedrigschwelligen Familienbildung, Schaffung von Begegnungsräumen für Eltern, regelmäßige Entwicklungsbeobachtung des Kindes, ...
Bitte um Konkretisierung der 70% Nutzer*innen-Zufriedenheit	„Die Nutzerzufriedenheit besteht bei mindestens 70 Prozent der teilnehmenden Befragten“

Darüber hinaus haben 19 Einrichtungsträger eine Einladung zur Teilnahme an einen Fragebogen erhalten. Sie wurden gebeten für 27 Einrichtungen, die in den letzten 3 Quartalen eine geringere Auslastung als 80% aufwiesen, die Gründe für die geringe Auslastung dazulegen. Eine Auswertung dieses Fragebogens steht noch aus.

Nach Vorlage des Arbeitspapiers im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 26.10.2021 wird das überarbeitete Arbeitspapier als Bestandteil der „Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2021 bis 2027“ dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.